

Redaktion:
Wolfgang Kruse

Einführung in die politische Kulturgeschichte

Kurseinheit 1:
Konzepte

Fakultät für
**Kultur- und
Sozialwissen-
schaften**

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung und des Nachdrucks, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der FernUniversität reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Wir weisen darauf hin, dass die vorgenannten Verwertungsalternativen je nach Ausgestaltung der Nutzungsbedingungen bereits durch Einstellen in Cloud-Systeme verwirklicht sein können. Die FernUniversität bedient sich im Falle der Kenntnis von Urheberrechtsverletzungen sowohl zivil- als auch strafrechtlicher Instrumente, um ihre Rechte geltend zu machen.

Der Inhalt dieses Studienbriefs wird gedruckt auf Recyclingpapier (80 g/m², weiß), hergestellt aus 100 % Altpapier.

Inhalt

Konzepte

Vorbemerkung	4
Karl Rohe: Politische Kultur und ihre Analyse. Probleme und Perspektiven der historischen Kulturforschung.....	12
Thomas Mergel: Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik.....	26
Barbara Stollberg-Rilinger: Was heißt Kulturgeschichte der Politik.....	43

Kommunikation und Sprache

Vorbemerkung	52
Rudolf Schlögl: Interaktion und Herrschaft. Probleme der politischen Kommunikation in der Stadt	56
Reinhart Koselleck: Historische Kriterien des neuzeitlichen Revolutionsbegriffs.....	64
Wolfgang Kruse: „Vivre libre ou mourir!“ Zur kriegerischen Formierung der bürgerlichen Gesellschaft im politischen Diskurs der Französischen Revolution, 1789-1799.....	75
Rainer Wirtz: Die Begriffsverwirrung der Bauern im Odenwald 1848. Odenwalder ‚Excesse‘ und die Sinzheimer ‚republikanische Schilderhebung‘	89
Rüdiger Hachtmann, Die Macht des Gerüchts in der Revolution von 1484 – Das Berliner Beispiel	S. 102
Anne Schmidt: Exkurs: Entwicklung der politischen Bildsprache	S. 117
Einzelnachweise	S. 129

Vorbemerkung

Politik und Kultur – diese Verbindung hat in der Geschichtswissenschaft – und nicht nur dort – seit einiger Zeit Konjunktur. Ob als „politische Kulturgeschichte“, als „Kulturgeschichte der Politik“ oder als „Kulturgeschichte des Politischen“ zusammengefasst, immer zielen die verschiedenen Konzepte zur Bestimmung dieser Verbindung mit vielfältigen Modifikationen doch im Grundprinzip auf dasselbe: Sie rücken die Sinnbezüge in den Mittelpunkt, die allen politischen Institutionen, Organisationen, Akteuren, Diskussionen oder Handlungen als Ausdrucksformen menschlicher Kultur eingeschrieben sind, sie bestimmen und ihnen ihren spezifischen, eben sinnhaften Charakter verleihen. „Politische Kultur wäre demnach als ein mit Sinnbezügen gefüllter Rahmen zu begreifen, innerhalb dessen sich die – in der Regel – durch Interessen, freilich nicht allein durch materielle Interessen geleitete politische Lebenspraxis handelnder, denkender und fühlender politischer Akteure vollzieht“, so hat Karl Rohe bereits 1990 seinen Begriff der „politischen Kultur“ bestimmt und präzisierend hinzugefügt: „Politische Kultur ist politischer Sinn, der auch sinnenfällig werden muß.“¹ Zwölf Jahre später, im Jahre 2002, plädierte Thomas Mergel unter dem Label einer „Kulturgeschichte der Politik“ dafür, generell „die Welt als ein Ensemble von Produkten, Deutungen und Sinngebungen aufzufassen“, Politik deshalb zu begreifen als ein „soziales und kommunikatives Handeln, das sich in gegebenen Deutungszusammenhängen bewegt“ und infolgedessen vor allem „Netze von einander überlagernden Bedeutungszuschreibungen“ zu untersuchen.² Noch etwas später schließlich, 2005, hat Barbara Stollberg-Rilinger die spezifische Leistung einer „Kulturgeschichte des Politischen“ in dem Versuch erkannt, „den Bestand ebenso wie den Wandel von Herrschaftsstrukturen, Normen, Regelsystemen usw. gewissermaßen unter die Lupe zu nehmen, auf das Niveau des individuellen sinnhaften Handelns und der konkreten Kommunikationsaspekte hinunterzuverfolgen und zu beobachten, wie sie sich in ein kompliziertes Geflecht wechselseitiger Deutungszuschreibungen, -ansprüche und -rückverweisungen auflösen.“³

Lassen wir das alles erst einmal so stehen und wenden wir uns den einzelnen Bestandteilen unserer Verbindung von Begriffen zu, also der Kultur und der Politik. Für die Bestimmung des Begriffs der Politik⁴ gibt es zwei unterschiedliche Denktraditionen. Im klassisch-aristotelischen Sinne zielt der Begriff mit normativer Aufladung und weit gefasstem Gegenstandsbereich auf die rechte Einrichtung der öffentlichen, alle Mitglieder eines Gemeinwesens betreffenden Angelegenheiten. In der zweiten, auf Niccolò Machiavellis Schrift

¹ Karl Rohe, Politische Kultur und ihre Analyse. Probleme und Perspektiven der politischen Kulturforschung, in: Historische Zeitschrift, Bd. 250, 1990, S. 321-46, hier S. 333, 337.

² Thomas Mergel, Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik, in: Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft, 28. Jg. 2002, S. 574-606, hier 592f.

³ Barbara Stollberg-Rilinger, Vorwort zu dies. (Hg.), Was heißt Kulturgeschichte des Politischen, Berlin 2005, S. 9-24, hier S. 21.

⁴ Vgl. Volker Sellin, Artikel Politik, in: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Stuttgart 2004 (Studienausgabe), Bd. 4, S. 789-874.

„Der Fürst“ zurückgehenden Bedeutungsverwendung wird Politik dagegen sowohl enger als auch instrumenteller gefasst. Hier bezeichnet er grundsätzlich die Formen der Durchsetzung von Macht innerhalb und zwischen verschiedenen Staaten. Wenn wir heute von Politik sprechen, schwingen zweifellos beide Bedeutungsmuster mit, und es ist hilfreich, sich Rechenschaft darüber abzulegen, welche Schwerpunktsetzung man jeweils selbst vornimmt. Zugleich aber spricht auch manches dafür, sie miteinander zu verbinden. Denn in der Regel gibt es unterschiedliche Vorstellungen darüber, wie denn die rechte Ordnung der öffentlichen Angelegenheiten aussehen solle, so dass sich schnell die Frage nach den Möglichkeiten der Durchsetzung bestimmter Vorstellungen ergibt. Und die Macht, die man dafür benötigt, ist in umgekehrter Weise immer auch darauf angewiesen, sich in einem allgemeineren Sinne darzustellen und zu legitimieren, wenn sie nicht zu einer offenen Herrschaft der Gewalt pervertieren will. Dies hat schon Max Weber erkannt, als er Ende des 19. Jahrhunderts die „legitimen Formen“ politischer Herrschaft in rational/legal, traditional oder charismatisch begründeten Herrschaftsverhältnissen erkannte.⁵

Auch für den Begriff der Kultur⁶ lassen sich für unsere Zwecke zwei unterschiedliche Denkschulen ausweisen. Auf der einen Seite finden wir einen Kulturbegriff, der sich in einem ebenso engen wie elitären Sinn auf den geistig-künstlerischen Bereich, auf die „Hochkultur“ der Wissenschaften, besonders der Geisteswissenschaften, sowie der schönen Künste beschränkt und seine besondere Qualität neben dem tendenziellen Ausschluss der unteren Bevölkerungsschichten auch aus der Absetzung gegen eine eher materielle und äußerliche, in der deutschen nationalistischen Tradition als Ausdruck westlicher Dekadenz abgewertete „Zivilisation“ gewinnt. Auf der anderen Seite hat sich seit dem 19. Jahrhundert ein umfassenderer wissenschaftlicher Kulturbegriff entwickelt, nach dem Kultur (wie auch Zivilisation) als „Verkörperung aller Lebensbereiche“ verstanden wird und sich anstelle der exklusiven Hochkultur auf alle Formen menschlicher Arbeit, Vergesellschaftung und Sinndeutung schlechthin bezieht. Es ist dieser weite, material fundierte Kulturbegriff, der allen Ansätzen zu einer politischen Kulturgeschichte zugrunde liegt. Mit Recht hat Karl Rohe allerdings darauf hingewiesen, dass Fragen der Hochkultur und der Ästhetik dabei nicht ganz in den Hintergrund gerückt werden sollten. Denn in der Regel waren und sind sie eng verbunden mit den sozialen und politischen Herrschaftsträgern, sie können gewissermaßen eine „kulturelle Hegemonie“ mit weitreichender, manchmal auch vorbildhafter Ausstrahlung gewinnen. „Hochkultur“ und „Volkskultur“ werden deshalb nicht einfach neben- oder gegeneinander gestellt, sondern als mal mehr, mal weniger eng und konflikthaft aufeinander bezogene bzw. miteinander verbundene Bestandteile und Ausdrucksformen eines umfassenderen Kulturbegriffs verstanden.

Was genau kann es vor diesem Hintergrund nun bedeuten, auf geschichtswissenschaftliche Weise Kultur und Politik miteinander zu verbinden? Welche konkreten Gegenstände sollen dabei untersucht werden, und mit welchen Formen und Methoden soll dies geschehen? Diese Fragen werden in der

⁵ Vgl. Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen 1985, Teil 1.

⁶ Vgl. Jörg Fisch, *Artikel Zivilisation, Kultur*, in: *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. 7, S. 679-774.

Geschichtswissenschaft, wie Sie wohl schon vermuten, keineswegs einheitlich beantwortet, so dass der Umgang damit ein komplizierter Vorgang ist. Betrachten wir dafür erneut, und nun etwas eingehender, die drei schon angesprochenen konzeptionellen Beiträge von Stollberg-Rilinger, Mergel und Rohe. Letzterer nähert sich dem Gegenstand aus sozialwissenschaftlicher Perspektive und zeichnet zuerst einmal die Theorie- und Forschungsentwicklung in der Politikwissenschaft nach. Dabei tritt aus geschichtswissenschaftlicher Sicht vor allem ein doppeltes Problem zutage: Die hier entwickelten Ansätze weisen zwar einen relativen systematischen Charakter auf. Doch sind sie zum einen methodisch in hohem Maße abhängig von Meinungsumfragen, wie sie in der Geschichtswissenschaft, wenn überhaupt, nur eine sehr begrenzte Rolle spielen können. Zum anderen zeichnen sie sich oft durch einen deutlich normativen Anspruch auf, wie etwa die 1963 veröffentlichte, lange Zeit stilbildende Untersuchung von Gabriel A. Almond und Sidney Verba zum Thema *Civic Culture* verdeutlicht, der es vor allem darum ging, die (stark vom amerikanischen Vorbild bestimmte) Qualität der politischen Kultur in verschiedenen Ländern vergleichend zu untersuchen. Von dem Grundansatz, zwischen mehr oder weniger gut entwickelter politischer Kultur zu unterscheiden, distanziert sich die heutige politische Kulturforschung. Doch ob es tatsächlich sinnvoll ist, gleich vollständig darauf zu verzichten, etwa Mängel in der demokratischen Kultur des obrigkeitstaatlich geprägten Deutschen Kaiserreiches zu thematisieren, kann andererseits mit guten Gründen bezweifelt werden; jedenfalls dann, wenn dabei die Bewertungsmaßstäbe auf nachvollziehbare und diskutierfähige Weise expliziert werden.

Hier wollen wir jedoch erst einmal festhalten, wie Karl Rohe selbst politische Kulturforschung als ein gerade auch für die Geschichtswissenschaft nutzbares Konzept entwickelt hat. Er plädiert zum einen dafür, unter politischer Kultur nicht primär einen spezifischen, eingrenzenden Forschungsgegenstand zu fassen, sondern vielmehr eine Forschungsperspektive, eine „spezifische ‚Brille‘ (...), mit der man und durch die man auf die politische Wirklichkeit blickt und dabei gegebenenfalls Sachverhalte entdeckt, die bei den üblichen ‚Brillen‘ ausgeblendet bleiben.“⁷ Zum anderen will er aber doch an einem spezifischen Gegenstandsbereich festhalten und bestimmt politische Kultur in einer ersten Annäherung als „das politisch relevante ‚Weltbild‘ von Gruppen (...), das den jeweiligen sozialen Trägern im Normalzustand in seiner Besonderheit gar nicht bewusst ist, weil die in dem Weltbild enthaltenen Grundannahmen über die Wirklichkeit als ‚natürlich‘ und ‚selbstverständlich‘ empfunden werden.“ In den Blick kommen dabei Beurteilungsmaßstäbe politischer Ordnung und politischen Handelns, subjektive Orientierungen und Verhaltensmuster, politische Zeichen und Symbole, Gefühlswelten und Ästhetiken, schließlich die Doppelheit politischer Selbstdeutungen und Fremddeutungen. Hinzu tritt ein Plädoyer gegen die von Murray Edelman entwickelte Entgegensetzung von realer Politik und auf den Schein zielender Symbolpolitik. „Keine politische Gesellschaft“, so formuliert Rohe eine für die politische Kulturforschung allgemeingültige Maxime, „kann ohne symbolische Politik existieren, wenn sie ihre politisch-kulturellen Muster bewahren will. Insofern führt jede vorschnelle Erledigung von

⁷ Rohe, Politische Kultur und ihre Analyse, S. 132; die folgenden Zitate S. 333, 341

symbolischer Politik als bloße ‚Ersatzpolitik‘ zu einem verkürzten Realitätsverständnis.“

An diese wegweisenden Ansätze knüpfen auch Mergel und Stollberg-Rilinger an. Beide verbinden damit zugleich – auch wenn immer wieder die unterschiedlichen Forschungstraditionen deutlich werden, die die Frühneuzeitlerin Stollberg-Rilinger vom Neuzeit-Historiker Mergel unterscheiden – doch gemeinsam das Bemühen um eine „Dekonstruktion jedes überhistorisch-universalisierenden und essentialistischen Verständnisses politischer Handlungsformen und Institutionen, Wertvorstellungen und Motive.“⁸ Es geht ihnen um die Abgrenzung politischer Kulturgeschichte von teleologisch auf die Gegenwart zulaufenden „Großen Erzählungen“, denen die Vielfalt historischer Erscheinungen entgegengesetzt werden soll. Angestrebt wird zugleich die Entwicklung eines alternativen, den traditionellen Konzepten überlegenen, nun auch selbst systematisch entwickelten Konzepts der politischen Kulturgeschichte, wobei Mergel deutlich weiter geht als Stollberg-Rilinger, die sich stärker an kritischen Einwänden abarbeitet und auch von einer „Ergänzung durch eine kulturalistische Perspektive“ spricht. Insgesamt ist dabei, wie sollte es bei der Entwicklung neuer Konzeptionen auch anders sein, manches tastend und manches auch noch etwas unausgegoren, weshalb hier auch Unklarheiten und Widersprüche aufgezeigt werden sollen.

Mergel geht, anders als Rohe, nicht von sozial- und politikwissenschaftlichen Konzepten aus, sondern von der Thematisierung der Politik in der Geschichtswissenschaft, genauer vor allem in der Neueren Geschichte in Deutschland. Am Anfang steht dabei die klassische Politikgeschichte, die sich lange als Geschichte schlechthin begriffen hat. In der Tradition des Historismus konzentrierte sie sich auf die handelnden Staatsmänner und auf das Verhältnis der als kollektive Individuen begriffenen Staaten zueinander, die im Zusammenhang politischer Ideengeschichte zugleich als Ausdruck sittlicher Kräfte begriffen wurden. Demgegenüber rückte die vor allem in den 1970er Jahren aufkommende Sozialgeschichtsschreibung kollektive Interessen und übergreifende Strukturen in den Mittelpunkt ihres Blicks auf die Politik. Ob damit, wie Mergel meint, alle Diskontinuitäten „aus der Geschichte eskamotiert“ wurden⁹, kann allein angesichts des Interesses der Sozialgeschichte an Revolutionsforschung allerdings ebenso bezweifelt werden wie seine Auffassung, die traditionelle Politikgeschichtsschreibung sei mit ihrer Orientierung an Ereignissen zugleich vor allem an Brüchen interessiert gewesen. Doch soll uns das hier nicht weiter beschäftigen. Vielmehr wollen wir uns nun der Frage zuwenden, wie Mergel vor diesem Hintergrund sowie nach einem mehr oder weniger den Darlegungen Rohes folgenden Abriß der bisherigen Formen politischer Kulturgeschichtsschreibung nun seinen eigenen Begriff einer „Kulturgeschichte der Politik“ entwickelt.

Er stellt zwei wechselseitig aufeinander verweisende Schwächen des Konzeptes der politischen Kultur fest, nämlich entweder den Gegenstand Politik nicht

⁸ Stollberg-Rilinger, Was heißt Kulturgeschichte des Politischen, S. 13; das folgende Zitat S. 19.

⁹ Mergel, Überlegungen, S. 570; die folgenden Zitate ebd., S. 587, 589, 605.

trennscharf definieren zu können, oder aber beim Bemühen um eine klare Eingrenzung zu einer Teilbereichswissenschaft zu werden, die das Kulturelle nur als einen Sektor der Politik neben anderen bestimmt und sich dementsprechend ausschließlich auf politische Feste und ähnliches konzentriert. Um diesen Sackgassen zu entgehen, plädiert er mit Rohe dafür, eine kulturgeschichtliche „Brille“ aufzusetzen und die Kulturgeschichte der Politik als „eine spezifische Perspektive auf jede Art von Politik“ zu begreifen. Damit allerdings droht die Politik zu einem nicht mehr eingrenzbaaren Gegenstand zu werden. Deshalb wird sie mit einer Definition des Soziologen Niklas Luhman bestimmt als einen „kommunikativen Modus, dessen Codes auf die Herstellung kollektiv bindender Entscheidungen gerichtet sind.“ (587) Das erscheint in vieler Hinsicht einleuchtend, doch sind damit bei genauerer Betrachtung auch gewichtige konzeptionelle Probleme verbunden. Zum einen ist nicht ganz klar, ob dies nun eine Bestimmung der Politik schlechthin sein soll, oder ob nicht mit dem Bezug auf die Kommunikation und ihre Codes zugleich auch bereits die geforderte kulturelle Perspektive auf die Politik eingeführt wird. Für die zweite Variante spricht manches, denn auch in den weiteren Ausführungen Mergels nimmt die Kommunikation eine zentrale Rolle ein. Andererseits stellt sich schon die Frage, ob es wirklich sinnvoll ist, die kulturelle Perspektive alleine auf Kommunikation zu beschränken. Stollberg-Rilinger hat dementsprechend die Luhmann'sche Definition erweitert. Doch wollen wir das hier vorerst zurückstellen und uns erst einmal weiter mit dem kulturgeschichtlichen Blick auf die Politik befassen.

Mergel schlägt hierfür zwei konzeptionell-methodische Zugangsweisen und vier unterscheidbare Themenfelder vor, die sich teilweise mit den Überlegungen von Stollberg-Rilinger decken. Beide sprechen sich übereinstimmend für eine ethnologisch angeleitete Perspektive der Fremdheit aus, die darauf abzielt, die Bedeutung und Wirkungsmacht von Symbolen und Ritualen durch eine distanzierte Betrachtung ihrer vermeintlichen Selbstverständlichkeit zu entkleiden und so erst die Möglichkeit zu einem vertieften historischen Verständnis ihrer Bedeutung zu eröffnen. Damit ist in der Tat ein für die politische Kulturgeschichte wichtiger methodischer Zugriff angesprochen, insbesondere wenn man sich, wie die Frühneuzeitlerin Stollberg-Rilinger, vor allem für vormoderen Politik interessiert, deren Formen aus heutiger Perspektive leicht ebenso fremdartig erscheinen können wie dem Ethnologen die Rituale von Naturvölkern. Doch für die Neuere Geschichte ergeben sich auch einige bislang nicht wirklich gelöste Probleme. Denn mit der Französischen Revolution war zweifellos die Erfindung einer modernen, demokratischen politischen Kultur verbunden, die in vieler Hinsicht bis in die Gegenwart hineinreicht.¹⁰ Je näher die untersuchten Phänomene also zu unserer Gegenwart stehen, desto problematischer muß es, wie auch Mergel feststellt, erscheinen, Fremdheit einfach vorauszusetzen. Nötig wird dementsprechend eine Methode der aktiven Herstellung von Fremdheit, der künstlichen Verfremdung, die jedoch erst einmal genauer entwickelt werden muss.

¹⁰ Vgl. vor allem Keith M. Baker u. a. (Hg.), *The French Revolution and the Creation of a Modern Political Culture*, 4 Bde., Oxford 1987-94; Lynn Hunt, *Symbole der Macht, Macht der Symbole. Die Französische Revolution und der Entwurf einer politischen Kultur*, Frankf./M. 1989 (Orig. Berkeley u. Los Angeles 1984).

Eine zweite methodische Grundlage sieht Mergel in einem „kommunikationstheoretische(n) Vorbehalt, der unmittelbar zum Konstruktivismus führt.“ (589) Angesprochen ist damit ein erkenntnistheoretischer Relativismus, nach dem die Sprache und andere Kommunikationsformen, wie wir sie in unseren Quellen vorfinden, nicht als Verweise auf reale Gegebenheiten zu verstehen sind, sondern als eigene Realitäten. Sprechakte, Symbole oder Rituale erzeugen demnach erst eine politische Kultur und sind demzufolge die eigentlichen Gegenstände einer Kulturgeschichte der Politik. Davon ausgehend bestimmt Mergel dann vier für sie relevante Dimensionen oder Themenfelder: 1. Rituale und symbolische Repräsentationen, 2. Handlungs- und Kommunikationsräume, 3. Diskurse und Sprachstrukturen, schließlich 4. Wahrnehmungsformen der Politik, die Mergel mit einer nicht genauer erläuterten Formulierung „unmittelbar in eine Mentalitätsgeschichte der Politik“ münden lassen will.

Nach einer Diskussion möglicher Einwände stellt Mergel abschließend als grundlegende methodische Umorientierung seiner Kulturgeschichte der Politik die Abkehr von kausalen Analysen heraus: Weil es ihr nicht mehr um individuelle Handlungen oder Aussagen gehe, sondern um „kollektive Akteure, Mentalitäten, Makrostrukturen und symbolische Sinnwelten“, die „selbst nicht sprechen und damit eine Übereinstimmung der Zurechnung von außen und der Selbstzuordnung der historischen Subjekte nicht herstellbar ist“, sei eine methodologische Bescheidenheit angebracht. Nicht mehr, wie in der Sozialgeschichtsschreibung, um Ursache-Wirkungs-Verhältnisse soll es deshalb gehen, nicht mehr um die Frage nach dem „warum“, sondern nur mehr nach dem „wie“, wobei diese offensichtlich auf Beschreibung hinauslaufende Form von Geschichtswissenschaft vor allem mit „Analogien, Kongruenzen, mit der Frage nach (Un)-gleichzeitigkeiten“ arbeiten soll. Doch einmal abgesehen davon, dass Ungleichzeitigkeiten geradezu ein klassisches Thema der Sozialgeschichtsschreibung mit ihrer Konzentration auf Strukturprozesse sind, muss der Schreiber dieser Einführung eingestehen, die zwingende Logik des kulturgeschichtlichen Verzichts auf die kausale Analyse politischer Zusammenhänge nicht nachvollziehen zu können – abgesehen von der allerdings für jede Form von Geschichtswissenschaft gültige Einsicht, dass komplexere historische Zusammenhänge immer nur in mehr oder weniger gut begründeten Vermutungen erschlossen, nie aber vollständig, objektiv und abschließend geklärt werden können.

Kommen wir nun noch einmal auf den Begriff der Politik zurück und fragen nach Stollberg-Rilingers Entscheidung für den Begriff einer „Kulturgeschichte des Politischen“. Sie selbst betont allerdings, dieser begrifflichen Absetzung von einer „Kulturgeschichte der Politik“ keine besondere Bedeutung beizumessen und sie nur deshalb vorgenommen zu haben, „weil sie nicht die Existenz eines ausdifferenzierten Funktionssystems ‚Politik‘ suggeriert.“¹¹ Das „Politische“ zielt also gerade auf eine unschärfere Gegenstandsbestimmung, wie sie Mergel gerade vermeiden wollte. Und auch in der genaueren Bestimmung definiert Stollberg-Rilinger ihren Gegenstand weniger spezifisch als Mergel. Wie dieser greift sie

¹¹ Stollberg-Rilinger, Kulturgeschichte des Politischen, S. 24, Fußnote 11; das folgende Zitat S. 14.

den Ansatz von Luhmann auf, verschiebt und erweitert ihn aber vom kommunikativen Modus und seinen Codes zu dem „Handlungsraum, in dem es um die Herstellung und Durchführung kollektiv verbindlicher Entscheidungen geht. (14) Damit ist das Feld des Politischen – wie auch die im Bezug auf ethnologische Fremdheit, auf die kommunikative Sinnhaftigkeit von Symbolen und Ritualen oder auf die Rekonstruktion von sinnhaften Geflechten vielfach mit Mergel übereinstimmenden, aber weniger rigiden und apodiktischen Ausführungen im Folgenden zeigen – insgesamt etwas offener, aber auch unpräziser definiert. Denn der Begriff des Handlungsraums umfasst deutlich mehr als kommunikative Modi und Codes, doch mit der mehr oder weniger metaphorischen, über konkrete Orte des Politischen zweifellos hinausweisender Bestimmung des Gegenstandsbereiches ist zugleich erneut das von Mergel klarer bestimmte Problem verbunden, was denn eigentlich dazu gehört – und was nicht.

Doch für beide Ansätze stellt sich aus der Sicht des kritischen Betrachters grundsätzlich die Frage, ob die Politik bzw. das Politische mit der Konzentration auf die Herstellung und Umsetzung kollektiv verbindlicher Entscheidungen wirklich überzeugend bestimmt ist. Muß demnach ein Erfahrungsaustausch über, sagen wir, die Folgen bestimmter Entscheidungen herausfallen? Fällt ein Fest zur Feier des Verfassungstages, das ohne Ringen um Entscheidungen die Identität eines Staatswesens feiert, eigentlich noch unter den Begriff der Politik bzw. des Politischen? Und handelt es sich bei der Entscheidung einer Kleinfamilie über die Frage, wohin Mutter, Vater und Kind gemeinsam in Urlaub fahren, tatsächlich mit einer kollektiv bindenden Entscheidung schon um Politik?

In allgemeinerer Perspektive ist dann auch zu fragen: Soll es neben einer Kulturgeschichte der Politik bzw. des Politischen nun auch Kulturgeschichten des Sozialen, des Wirtschaftlichen oder der Hochkultur geben? Würden diese sich tatsächlich dadurch bestimmen lassen, dass hier in diesen Bereichen, anders als in der Politik, keine kollektiv verbindlichen Entscheidungen getroffen werden? Werden hier gar keine Entscheidungen getroffen, oder sind diese nur persönlich, nicht kollektiv verbindlich? Und wie wäre eine solche Unterscheidung von verschiedenen Bereichen des Kulturellen, um nicht von Sektoralisierung zu sprechen, gerade für die vormoderne Geschichte überhaupt begründbar, der doch die moderne Ausdifferenzierung in funktionale Teilbereiche der Wirtschaft, der Gesellschaft oder der Politik weitgehend unbekannt war? Aus meiner Sicht ergeben sich hier kaum lösbare Aporien. Deshalb möchte ich abschließend dafür plädieren, die Begriffsverbindung von Kultur und Politik einfach umzudrehen und sich statt der Kulturgeschichte der Politik oder des Politischen schlicht für politische Kulturgeschichte zu entscheiden.

Dabei soll es sich um eine Kulturgeschichtsschreibung handeln, die in politischer Perspektive betrieben wird und die Probleme einer klaren Eingrenzung des Bereiches der Politik/des Politischen durch die selbst schon kulturalistisch angelegte Konzentration auf Fragen der politischen Sinnhaftigkeit und Bedeutung hinter sich lässt. Dieser Ansatz korrespondiert schließlich auch besser mit dem doppelten Begriff der Sozialgeschichte, den Mergel in unzutreffender Form auf die Unterscheidung zwischen einer Geschichte der politischen Kultur als vermeintlich sektoralem Ausschnitt und einer umfassenden, perspektivisch

angelegten Kulturgeschichte der Politik übertragen hat. Denn nicht die Politik steht dabei konzeptionell auf einem Niveau mit dem Begriff des Sozialen, sondern die Kultur. So wie es bei der Sozialgeschichte um den Unterschied zwischen einer Sozialgeschichte als Geschichte des Teilbereichs der sozialen Beziehungen einerseits, einer Sozialgeschichte als das ganze historische Geschehen umfassender Gesellschaftsgeschichte andererseits geht¹², so sollte auch der Begriff der Kultur nicht auf einen Sektor der historischen Totalität begrenzt bleiben, sondern in einem umfassenderen Sinn auf das ganze Ensemble menschlicher Geschichte als einem durchgehend kulturell bestimmten von Sinnbezügen geprägten Zusammenhang erweitert werden. Das Politische dagegen bezeichnet und konstituiert in dieser Sichtweise bescheidener die Perspektive, unter der eine so begriffene Kultur als politische Kulturgeschichte in den Blick genommen wird. Es soll also um eine Geschichte der vor- und dargestellten Sinnhaftigkeiten menschlicher Verhältnisse und Tätigkeiten gehen, soweit sie sich auf die Einrichtung öffentlicher Angelegenheiten beziehen und mit der Ordnung und Praxis von Herrschaft zu tun haben. Alle bereits angesprochenen Themenfelder und Methoden können dabei eine Rolle spielen, ohne dass es sich dabei um eine abschließende Liste handeln müsste.

Die folgende Zusammenstellung von wichtigen Texten zur politischen Kulturgeschichte unterscheidet zwischen drei Themenfeldern, die jeweils durch zwei aufeinander bezogene Begriffe gekennzeichnet werden. Die einleitend jeweils noch näher erläuterten Begriffsverbindungen sind dabei in dieser Form durchaus begründet, zweifellos aber nicht notwendig, sie könnten auch anders zusammengesetzt werden. Es handelt sich dabei – in vielem, aber nicht in allem den von Rohe, Mergel und Stollberg-Rilingern formulierten Ansätzen folgend – um:

1. Sprache und Kommunikation,
2. Symbolizität und Imagination,
3. Soziabilität und Ordnung der Gesellschaft

Insbesondere das dritte Begriffspaar geht dabei mit der Konzentration auf Formen sozialer Vergesellschaftung über die bisher vorgestellten Gegenstände hinaus. Doch zu einer umfassend angelegten politischen Kulturgeschichte gehört die Frage, wie denn das soziale Zusammenleben der Menschen verstanden und geordnet wird, zweifellos ganz unverzichtbar dazu.

Die Texte stellen dabei keineswegs einen Kanon politischer Kulturgeschichtsschreibung dar, den es abschließend zu beherrschen gilt. Vielmehr sollen damit vielfältige Perspektiven eröffnet werden, die vor allem auch dazu anregen können, sich selbstständig damit auseinander zu setzen, weitere Forschungen zur erschließen und auch eigene Arbeiten vorzubereiten.

Doch erst einmal können Sie sich selbst mit den drei programmatischen Aufsätzen beschäftigen, die Sie bisher nur in indirekter Darstellung und Kritik kennen gelernt haben.

¹² Vgl. grundlegend Jürgen Kocka, Sozialgeschichte. Begriff, - Entwicklung – Probleme, Göttingen 1977.